

Die Tagesordnungspunkte 6 bis 6.1.1 werden gemeinsam behandelt.

BM Böhling stellt das Ergebnis der Verhandlungen mit dem LK Friesland hinsichtlich der Beteiligung an den Kita-Kosten dar.

Der Vorsitzende stellt im Namen der SPD/FDP-Gruppe, CDU und Grünen folgenden Antrag:

„Die SPD/FDP-Gruppe, die CDU und die Grünen beantragen, die von den Bürgermeister und dem Landrat vorgelegte Vereinbarung zur Finanzierung der Kinderbetreuungskosten nach zu verhandeln. Dabei soll es insbesondere um die Bemessungsgrundlage bzw. den Verteilerschlüssel, um eine jährliche Überprüfung auf Auskömmlichkeit des Zuschusses, sowie um den Abschluss eines gänzlich neu gestalteten Vertrages, der sowohl eine Anpassungsklausel als auch Regelungen für einen Ausstieg enthält, gehen.“

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

RM Müller weist darauf hin, dass die SPD in Sande ebenfalls eine Kostenbeteiligung von 50 % der der Gemeinde entstehenden Kosten vom Landkreis fordert.

RM Just stellt den aktualisierten Antrag der Freien Bürger vom 14.06.2021 vor. Er ergänzt, dass eine jährliche Anpassung der Kostenbeteiligung festgeschrieben werden soll. Die Kostenbeteiligung soll sich an den tatsächlichen Kosten unter Berücksichtigung der Preissteigerung oder an den Betreuungsstunden orientieren. Bislang bezieht sich die Kostenbeteiligung des LK auf Kosten des Jahres 2019.

Grundsätzlich bevorzugt er jedoch das „Wangerooger Modell“, d.h. der Landkreis übernimmt die Kindertagesstätten in Eigenregie und die Kommune zahlt ihren Kostenanteil an den Kreis.

Nach Meinung von RM Ottens handelt es sich beim Vorschlag der Verwaltung um ein vorläufiges Verhandlungsergebnis mit Nachbesserungsbedarf.

Er schlägt vor, den Antrag der Freien Bürger aufgrund der Kurzfristigkeit zur Beratung in die Fraktionen zu geben.

RM Striegl meint, dass beim vorgelegten Vorschlag ein fairer Verteilungsschlüssel fehlt. Das Ergebnis soll nachverhandelt werden. Der LK sollte mit der geleisteten guten Arbeit zufrieden sein und diese entsprechend honorieren. Er betont noch einmal, dass die betroffenen Arbeitsplätze keine Verhandlungsgrundlage sind.

Aufgrund des vorliegenden Antrags der SPD/FDP-Gruppe, der CDU und Grünen und des Diskussionsverlaufs zieht BM Böhling die Vorlage der Verwaltung zurück.

RM Heiden unterstützt den Antrag der SPD/FDP-Gruppe, der CDU und Grünen. Es soll in Hinblick darauf, dass zukünftig eine dritte Kraft in den Kitagruppen eingesetzt wird, eine jährliche Dynamik bei der Kostenerstattung berücksichtigt werden.

Herr Retsch fragt nach, ob der LK den Kommunen bei der Aufstellung des Kindertagesstättenbedarfsplanes vorschreiben darf, wie viele Betreuungsplätze vor Ort vorgehalten werden müssen.

BM Böhling antwortet, dass der Kindertagesstättenbedarfsplan bereits vorliegt und jedes Jahr vom LK angepasst wird. Der Plan ist bereits Teil der bestehenden Vereinbarung mit dem Landkreis.

Es ergeht einstimmig folgender Beschlussvorschlag:

Der Verwaltungsausschuss möge beschließen: